

Berlin, 25. August 2017

Zum heute von den GRÜNEN vorgelegten Papier zur Rolle von Kohlekraftwerken erklärt Stefan Kapferer, Vorsitzender der BDEW-Hauptgeschäftsführung:

„Auch im Wahlkampf darf nicht davon abgelenkt werden, dass konventionelle Kraftwerke für die jederzeit sichere Energieversorgung heute noch dringend gebraucht werden. Die Stromnachfrage muss bei jeder Wetterlage gedeckt und das Stromnetz stabil gehalten werden. Das gilt besonders in einem System, das zunehmend durch die stark schwankende Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien geprägt ist.

Konventionelle Kraftwerke sind nicht Gegner, sondern unverzichtbare Partner der Erneuerbaren Energien. Für die Erneuerbaren gilt zudem richtigerweise der gesetzlich festgelegte Einspeisevorrang: Aufgrund der hieraus resultierenden gesetzlichen Abschaltreihenfolge sind die Netzbetreiber dazu verpflichtet, Erneuerbare-Energien-Anlagen als letzte abzuregeln. Die regionale Verteilung bei der Abregelung von Windkraftanlagen zeigt, dass dies fast ausschließlich in Norddeutschland fernab der Braunkohlereviere erfolgt.

Statische Betrachtungen wie die Bilanzierung von Stromimporten und –exporten am Ende eines Jahres führen nicht weiter. Es geht darum, die Stromversorgung rund um die Uhr an 365 Tagen im Jahr zu gewährleisten. Wie wichtig die konventionellen Kraftwerke sind, hat uns allen die Dunkelflaute im Januar gezeigt, als über Tage kaum Wind wehte und auch die Sonne nahezu keinen Beitrag zur Stromversorgung Deutschlands leisten konnte.

Zu den Kernproblemen gehört, dass Deutschland beim Netzausbau leider deutlich hinterherhinkt. Neue Leitungen sind dringend erforderlich, um die zunehmenden Strommengen aus regenerativen Quellen aufnehmen zu können. Dass es hier hakt, liegt vor allem an politischen Widerständen. Dringend erforderlich sind zudem zusätzliche Speicherkapazitäten und –technologien, um den aus Wind- und Solarenergie erzeugten Strom möglichst vollständig nutzen zu können. Der Speicher-Ausbau wird aber durch regulatorische Hemmnisse ausgebremst. Hier muss die künftige Bundesregierung schnell Abhilfe schaffen.“

**BDEW Bundesverband
der Energie- und
Wasserwirtschaft e. V.**
Reinhardtstraße 32
10117 Berlin

Bereich Kommunikation
Jan Ulland
Pressesprecher
Telefon
+49 30 300199-1160
Telefax
+49 30 300199-4190
presse@bdew.de
www.bdew.de